

Gespräch mit Charel Goerens

Liberalismus, Zukunft des Sozialstaates und europäische Integration

Nach Jeannot Krecké (LSAP), Muck Huss (Die Grünen), Jean-Claude Juncker (CSV) sprach die forum-Redaktion mit Charel Goerens, Europa-Abgeordneter der DP, über 'die Lage der Nation' im weitesten Sinne. Das Interview, an dem auf forum-Seite Raymond Klein, Serge Kollwelter und Michel Pauly teilnahmen, wurde am 21. Juli 1997 aufgenommen.

Globalisierung - eine liberale Politik?

forum: Eines der aktuellen Stichwörter, wenn es um die Zukunft geht, ist das der Globalisierung. Als liberaler Politiker müßte man da ja im Grunde die Entwicklung begrüßen und positiv bewerten, oder sehen wir das falsch?

Charel Goerens: Das ist ein wenig komplizierter! Es hängt davon ab, was man unter "liberal" versteht. Wenn "liberal" verkürzt gesehen wird, wenn man den Akzent hauptsächlich auf das Ökonomische legt und ökologische Aspekte, Achtung der Menschenrechte usw. außer Acht läßt, haben wir es mit einer unausgewogenen Betrachtung der Gesamtproblematik zu tun. In diesem Sinne bin ich nicht froh mit dem, was zur Zeit geschieht. Die wirtschaftliche Globalisierung wäre weniger bedenklich, gäbe es parallel dazu auch die Fähigkeit zur globalen Antwort auf die weltweiten sozialen und ethischen Herausforderungen. Derzeit bietet sich die Europäische Union, realistisch betrachtet, als einziger politischer Aktionsrahmen an, um wenigstens im Ansatz auf die globale, von krassen

Ungleichgewichten gekennzeichnete Entwicklung zu reagieren. Nur so könnten kollektive Verunsicherung und die Angst um den Arbeitsplatz abgebaut werden.

forum: Sie haben die ökologischen Grenzen genannt. Wie beurteilen Sie die sozialen Grenzen?

Charel Goerens: Die Grenzen der Globalisierung d.h. deren Akzeptanz ist für die meisten Europäer überschritten, wenn hiesige Unternehmen Konkurrenten unterliegen, deren Arbeiter bis zu 20 mal weniger verdienen als im europäischen Durchschnitt. So betrachtet wird das soziale Defizit der Globalisierung für jedermann unübersehbar. Auch wenn wir noch meilenweit von einer Lösung entfernt sind, ist es immerhin begrüßenswert, daß sich die letzte Versammlung der Welthandelsorganisation in Singapur mit diesen Fragen befaßt hat.

forum: Kann man dahinter nicht auch eine Form des Protektionismus sehen, bei dem wir, unter dem Vorwand die Rechte der Arbeiter in der Dritten Welt zu schützen, eigentlich nur unseren Produktionsstandort schützen gegen eine Konkurrenz, die jetzt neu auf den Markt kommt.

Charel Goerens: Diese defensive Haltung gibt es gewiß. Das heißt aber auf keinen Fall, daß es nicht doch ein gemeinsames Interesse am Zustandekommen eines fairen Welthandels gibt. *Rugmark*, zum Beispiel, zeigt in diesem Zusammenhang Vorbildcharakter: Die Herstellung und die Vermarktung von Teppichen werden transparent gestaltet. Da auf Kinderarbeit in der Herstellung von Teppichen grundsätzlich verzichtet wird, verteuert sich deren Verkaufspreis. Dies hat weniger mit Protektionismus, als mit der Wahrung der Kinderrechte in der Dritten Welt zu tun. Immer mehr Menschen in der Dritten Welt oder in den sogenannten Schwellenländern klagen ihre sozialen Rechte ein. Immer weniger Menschen sind bereit die sozialen Verhältnisse widerspruchslos hinzunehmen: In Japan, in Südkorea, wenn auch unter weit schwierigeren Bedingungen in China. Jede zu einseitige Vorgehensweise - und dazu gehört der kleinkarierte Protektionismus - ist ein törichter Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

forum: *Bedeutet das, daß Sie sich für einen starken Staat einsetzen?*

Charel Goerens: Wenn der Begriff "starker Staat" eine Festschreibung sämtlicher Besitzstände einerseits, und die daraus resultierende Unfähigkeit, überfällige Anpassungen zu verhindern andererseits, bedeutet, lehne ich den "starken Staat" entschieden ab. Wenn der Staat hingegen seine Ausgleichsfunktion zugunsten der Schwachen, der Mittellosen wahrnimmt, ist der Begriff zu befürworten.

anderen Interessen dienen. Insofern spielt der Staat bei uns eine Rolle, die er im Ausland nicht in dem Maße spielt.

Charel Goerens: Er spielt höchstens noch eine größere Rolle in Frankreich, weil man dort ein gemischtes Wirtschaftssystem hat, das es bei uns in dieser Form nicht gibt, und auch nicht hat geben müssen, weil wir eine ganze Reihe von Investoren anziehen konnten. Große Weltunternehmen sind in Luxemburg präsent und ersetzen im Grunde die "Kapitalisten", die in die

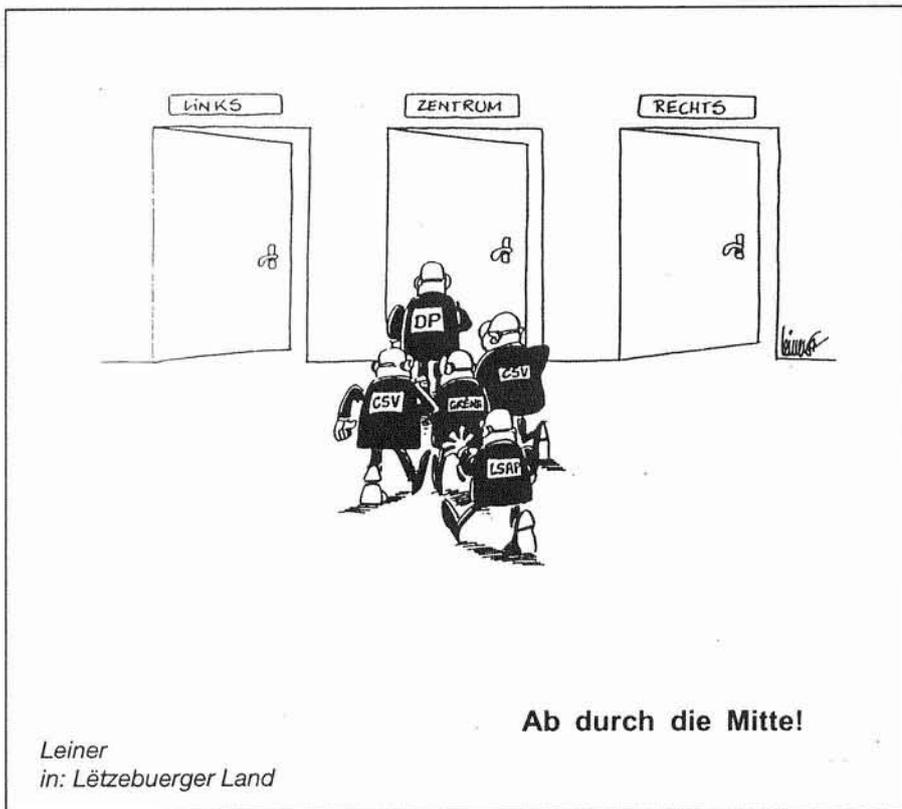
im Rahmen eines vereinten Europas merken wir, wie unser Modell Geld zu verdienen und von Luxemburg aus die Welt zu beglücken, an seine Grenzen stößt.

forum: *Das Beispiel RTL ist ein typisches Beispiel für den freien Kapitalverkehr, der ja auch vom Staat bzw. von der Regierung gefördert wurde. In dem Sinne dürften wir uns darüber heute auch nicht beschweren.*

Charel Goerens: Auch wenn RTL mehr Neider als Gönner hat, und die meisten eine Expansion lieber verhindert hätten, so konnte sich die Regierung dem nicht widersetzen. In dem konkreten Falle von RTL Luxemburg kann man sagen, daß die Entwicklung gewünscht war. An sich ist das ja nichts Negatives. Auch ist es durchaus normal, daß Kapital dorthin wandert, wo die höchsten Renditen zu erwarten sind. Ich habe nichts einzuwenden gegen diese Art von Freiheit. Die Politik muß dann aber etwaige entstehende "Ungleichgewichte" abfedern.

forum: *So ein Ungleichgewicht besteht doch bei den Arbeitsplätzen. Obschon sich das Kapital dort etablieren kann, wo die Renditen am höchsten sind, werden insgesamt immer mehr Arbeitsplätze abgebaut, zumindest auf dem europäischen Markt: 18 Millionen Arbeitslose hat es bislang noch nicht gegeben.*

Charel Goerens: Dies ist aber nicht nur eine Folge des freien Kapitalverkehrs, der Niederlassungsfreiheit und der Freizügigkeit von Personen. Ich stehe zu diesen Freiheiten, die in die europäischen Verträge eingeschlossen wurden. Die Niederlande haben auf dem Arbeitsmarkt Erfolge aufzuweisen, die jede Konkurrenz schlagen, wenn man von Luxemburg mit seiner atypischen Situation absieht. Die Niederlande haben verstanden, daß man ein Sozialsystem rechtzeitig anpassen muß, wenn man es retten will. Sonst hat man später Schwierigkeiten. Unser französischer Nachbar hat beispielsweise eine Arbeitslosenrate, die mehr als das Doppelte der niederländischen beträgt. Frankreich und die Niederlande verkaufen einen Großteil ihrer Waren auf denselben Märkten und kämpfen also mit



Dasselbe gilt für grundsätzliche Orientierungen von strategischer Bedeutung in der Volkswirtschaft. Als positives Beispiel hierfür seien nur erwähnt: das Mediengesetz aus dem Jahre 1929. Die europäische Präsenz im Weltall wäre ohne den Staat (oder die Staaten) schier undenkbar. Also ein klares Bekenntnis für den modernen Staat, dessen Aufgabe in der Hauptsache das Schaffen von Rahmenbedingungen für Freiheit, Solidarität und wirtschaftliche Vitalität ist.

forum: *Der Staat ist bei uns auch der einzige, der luxemburgisches Kapital einsetzen kann. Die anderen Unternehmen sind alle ausländische Unternehmen, die*

Wirtschaft investieren sollen.

forum: *Sie haben den Medienstandort erwähnt: Kann man davon ausgehen, daß die CLT die Interessen Luxemburgs vertritt oder gibt sie die Priorität der Kapitallogik?*

Charel Goerens: Wir haben gesehen, daß die CLT ab einem bestimmten Zeitpunkt über Luxemburg hinauswachsen mußte, um in Deutschland auftreten zu können. Eine deutsche Struktur mußte eingerichtet werden. Auch mußte ein Teil der Aktivitäten nach Frankreich verlagert werden, um dort Präsenz zu zeigen. Wir stoßen auch hier an die Grenzen unseres Modells. Besonders

denselben Konkurrenten. Der freie Kapitalverkehr kann also kaum der einzige Grund sein, sondern man muß eine Reihe "hausgemachter" Schwierigkeit anerkennen.

forum: In welchen Bereichen liegen die Vorzüge des niederländischen Modells, an dem wir uns eventuell orientieren müßten. Wo liegen die Grenzen für den Umbau des Staates? Was sind die Minimalbedingungen, die gewährleistet sein müssen, und wie kann der Staat sie durchsetzen?

Charel Goerens: Grenzen sind nicht willkürlich festzulegen. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf die letzte Phase der Wirtschafts- und Währungsunion wurden jetzt eine Reihe Umstellungen gemacht. Da fanden sich dann verschiedene Länder mit dem Rücken zur Wand und sahen sich gezwungen, sich relativ schnell umzustellen. Wo

Die Situation, in der wir sowohl von Europa wie auch von Nichteuropa profitieren konnten, neigt sich dem Ende zu

genau bei uns in Luxemburg die Grenzen liegen, ist schwer zu sagen. Wir haben noch sehr viele Möglichkeiten, um diesen Übergang abzufedern. Verschiedene Reserven sind noch gar nicht genutzt worden. Für uns ist die "Stunde der Wahrheit" noch nicht gekommen. Dafür gibt es eine Reihe von Ursachen: Unsere Situation ist vollkommen atypisch, weil wir ziemlich einseitige Wirtschaftsstrukturen haben, die Luxemburg in diese beneidenswerte Situation gebracht haben. Hier denke ich an den Bankensektor, der seit zwanzig Jahren Luxemburg Wohlstand beschert.

Die Situation, in der wir sowohl von Europa wie auch von Nichteuropa profitieren konnten, neigt sich jedoch dem Ende zu. Von Europa konnten wir profitieren, weil Europa im freien Verkehr von Kapital, Waren und Personen schon konkret besteht, und wir viele leistungsfähige Wirtschaftszweige nach Luxemburg ziehen konnten. Von Nichteuropa profitieren wir, nicht unserer eigenen

Kompetenz wegen, sondern weil die anderen mehr falsch machen. Wir nehmen heute zwischen 10 und 15 Milliarden Franken durch Verbrauchssteuern und Mehrwertsteuer ein. Das sind "unschuldige" Steuern in dem Sinne, daß wir nicht dafür gearbeitet haben. Sie werden eingenommen, nicht weil wir darauf verzichtet hätten, unsere Steuern anzuheben, sondern weil die anderen dabei sehr viel eifriger vorgegangen sind. Auch zur Entwicklung des Finanzplatzes haben wir nicht so viel beigetragen, wie allgemein angenommen wird! Die anderen haben ihre Gesetzgebung verändert... Und von diesen Unterschieden leben wir zum Teil. Deshalb behaupte ich, daß wir gleichermaßen von Europa und von Nichteuropa profitieren.

Wann wir die Grenzen erreichen, weiß ich nicht zu sagen. Selbst in der Regierung gehen die Meinungen weit auseinander. Herr Juncker hat eine vorsichtiger Einschätzung der Situation und der Weiterentwicklung unseres Wohlstandes in den nächsten Jahrzehnten als Herr Goebbels. Herr Goebbels denkt, daß es so weitergehen kann, während Herr Juncker eher die Neigung hat, gewisse Alarmsignale zu erkennen. Im Endeffekt wird die Anpassungsbereitschaft der Luxemburger ausschlaggebend sein. Da könnten sich eine Reihe Entwicklungen relativ schnell bemerkbar machen, durch die wir die Auflagen des Maastrichter Vertrages, den engen Rahmen der Konvergenzkriterien, schnell überschreiten könnten. Wir befinden uns in einer Situation, in der man leicht die 3% des öffentlichen Defizits erreichen könnte.

Wenn wir das BSP von 1995 als Basis nehmen mit 500 Milliarden Franken, dann gehört nicht viel dazu, daß sich Staat und Gemeinden mit über 15 Milliarden verschulden, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzuzeigen. Dann befürchte ich, wird man schon an einzelne Besitzstände herangehen müssen, was jedoch nicht heißen will, daß deshalb der soziale Notstand in Luxemburg ausbrechen würde. Erstens stehen uns bis dahin noch eine Anzahl Möglichkeiten und Reserven offen. Hierzu gehört die relativ intakte Verschuldungskapazität des Staates. Ich denke auch an die

noch verhältnismäßig komfortable Situation im Rentenbereich. Man rechnet ja damit, daß die Stunde der Wahrheit bei den Renten erst in 10 bis 15 Jahren schlagen wird. Selbst wenn sich das Wachstum der aktiven Bevölkerung nicht wie in den letzten 15 Jahren fortsetzen läßt, hätten wir noch die Möglichkeit, mit der Situation fertig zu werden.

Wir haben in Luxemburg noch nicht häufig über selektive Sozialpolitik gesprochen. Wenn ich betrachte, was alles unter der Überschrift "Soziales" im Haushalt eingetragen ist, finde ich vieles, was dieser Bezeichnung nur am Rande gerecht wird!

Stellt sich ein Rentenproblem?

forum: Es gibt aber Teile der Bevölkerung, die finden, daß es langsam härter wird. Ich denke an die Staatsbeamten, die zu erwarten haben, daß ihre Renten zumindest anders berechnet werden als bisher.

Charel Goerens: Prévoir c'est gouverner! Die Altersversorgung muß langfristig abgesichert sein. Die Alternative hieße sich am kollektiven Betrug mit-schuldig machen. Die gesetzlich verankerten Leistungen im beitragspflichtigen Rentensektor sind finanziell nur solange abgesichert, solange die Beiträge Schritt halten mit der rasanten Entwicklung der Leistungen. Die wachsende Zahl der Rentempfänger, sowie die dynamische Anpassung der Renten an die allgemeine Lohnentwicklung stellte in den vergangenen Jahrzehnten hohe Anforderungen an die Rentenkassen.

Nur die außergewöhnlich günstige Entwicklung der Lohn- und Einkommensmasse aufgrund des starken Wirtschaftswachstums sowie die schnell anwachsende Zahl der Beitragspflichtigen hat dies ermöglicht. Den meisten Experten zufolge könnte der nach dem "Umlageverfahren" funktionierende Generationsvertrag innerhalb zwei Jahrzehnten Finanzlücken aufweisen. In der Tat, die hierzu notwendigen Wachstumsraten könnten sich schon in nächster Zukunft als illusorisch erweisen, da

die infrastrukturellen Voraussetzungen - sprich Impakt auf Umwelt und Lebensqualität - nicht länger auf ungeteilte Zustimmung breiter Bevölkerungskreise stoßen. Soweit zu den Fakten. Daraus zu folgern, daß die derzeit gesetzlich verankerten Rentenleistungen auf ewige Zeiten tabu seien, hieße den wachsenden Finanzierungsbedarf im Rentensystem durch immer höhere Beiträge stopfen. Letztere könnten sich aber als wettbewerbshemmend entpuppen. In dem Fall hätten wir bestens das Finanzproblem zeitlich verlagert, denn die Folge wäre ein reduziertes Wirtschaftswachstum.

Dazu kommt die Frage der gesellschaftlichen Kohäsion. Sind Leistungskürzungen im beitragspflichtigen Regime vorstellbar ohne gleichzeitigen Eingriff in den Besitzstand der öffentlichen Funktion? Will man in dieser sehr heiklen Frage argumentativ vorankommen, muß man *alle* Vorteile und Verpflichtungen auflisten, was, meines Erachtens, noch nicht mit der von meiner Partei gewünschten Gründlichkeit verwirklicht wurde.

forum: *Das, was Sie uns eben hier beschrieben haben, wird ganz ähnlich von Jean- Claude Juncker vorgebracht: In der Perspektive des Jahres 2010*

komme ein Problem auf uns zu, und wir müßten beizeiten mit dem Umbau des Sozialstaats beginnen. Welches ist die Antwort Ihrer Partei auf diese zukünftige Herausforderung?

Charel Goerens: Meine Partei hat sich wie andere auch relativ vage zu dieser Frage geäußert. Wir haben gesagt, daß wir sichere Renten wollen. Wenn man "sichere Renten" definiert, heißt das im Klartext, daß die Garantien, die in der Gesetzgebung stehen, jedes Mal auf ihre Ausführbarkeit überprüft werden müssen. Wenn in zwanzig Jahren die Renten im Privatsektor bei der aktuellen Beitragshöhe nicht mehr zu bezahlen sind, dann stellt sich das Problem nicht nur für den Privatsektor, sondern auch für die Staatsbeamten. Meine Partei ist auch nicht dagegen, daß für die neuen Beamten etwas geändert wird. Die Übergangslösung, die zur Zeit für so viel Diskussionsstoff und Auseinandersetzung zwischen Regierung und Staatsbeamtengewerkschaft sorgt, ist eine Frage von Verhandlungen.

Gibt es eine Alternative zu einer im Konsens gefundenen Verhandlungslösung? Die Antwort bleibe ich schuldig, solange ich nicht selber mitbestimmen kann und an diesen Verhandlungen teilnehmen kann.

Grundsätzlich gibt es in Luxemburg zwei Ansätze, Politik zu machen. Der eine läuft darauf hinaus, zu warten bis die Probleme zum Himmel stinken und dann, wenn alle fordern, daß etwas geschehen müsse, wie Phönix aus der Asche zu steigen. Es bedarf dann nicht mehr viel Mut, um eine Entscheidung zu fällen. Der andere Ansatz besteht darin, im Vorfeld im Rahmen einer argumentativen Debatte auf Schwierigkeiten hinzuweisen, auch wenn jeder sagt, daß da doch gar keine Probleme seien. Ich fahre lieber nicht mit 120 schnurgerade auf eine Betonmauer zu. Ich lasse mir lieber genug Freiraum zu einem Bremsmanöver, um einen Frontalaufprall zu vermeiden.

Führt die europäische Integration zu einem neuen Nationalismus?

forum: *Zurück zur Öffnung der Grenzen sowohl für Kapital und Personen. Für*

Les gens par Kerleroux



Kerleroux
in: Le Monde

die Personen ist das ja mit etwas Verspätung ins Rollen gekommen. Man fragt sich aber, ob nicht viele Leute darauf mit nationalistischen Tendenzen reagieren. Als Europapolitiker müßte Sie das doch irgendwie beunruhigen?

Charel Goerens: Jetzt sprechen Sie die wirklichen Probleme an. Angesichts der Tatsache, daß die meisten Leute - leider auch in der Politik - Staatsräson und Wirtschaftspolitik gleichstellen, frage ich mich, was geschehen würde, wenn wir fünf Jahre lang kein Wirtschaftswachstum mehr zu verzeichnen hätten. Wir sind schlecht gestellt, um denen Lektionen zu erteilen, die wirtschaftlich schlechter dastehen als wir und die wesentlich geringeren Spielraum haben, um soziale Probleme abzufedern. Auch die Problematik der Vororte, wie sie sich z.B. in Frankreich stellt, bleibt uns zum Glück erspart. Aber auch wir haben unsere Probleme: rund 10% unserer Bevölkerung hat Schwierigkeiten, für die sich niemand interessiert. Und diese Probleme werden auch nicht genügend thematisiert.

Ich glaube aber sagen zu können - und ich versuche, eine nuancierte Antwort zu geben - daß wir uns bei den Problemen, die sich uns in den letzten Jahren gestellt haben, relativ gut aus der Affäre gezogen haben. Nehmen wir z.B. die Unionsbürgerschaft. Ich denke weniger daran, was sich in der Politik zugetragen hat, als wie die Bevölkerung reagiert hat. Im Nachhinein war das Ganze für mich ein Test, wie stark ausgeprägt die nationalistischen Tendenzen in Luxemburg sind. In der Politik gab es leider einige Leute, die der Versuchung nicht widerstehen konnten, dieses Thema "à des fins de politique politicienne" auszuschlachten. Einige haben das relativ kraß und offensichtlich versucht, sind damit aber nicht über einige Prozent Wählerstimmen hinausgekommen: die Nationalisten haben eine klare Abfuhr bekommen. Und dann gab es jene, die subtiler vorgegangen sind, die sich nicht zum Thema selbst äußerten, sondern versuchten, eine Verfassungsfrage daraus zu machen. Auch die sind nicht auf ihre Rechnung gekommen.

Auch wenn man sich die Meinungsumfragen ansieht, erweist sich der Durchschnitts-Luxemburger toleranter, als

einzelne Personen in den Führungsgremien der Parteien dies wahrnehmen wollen! Im Grunde handelte es sich um eine Geschichte, die von drei, vier Leuten auf politischer Ebene aufgegriffen wurde. Aber es kam nicht zu der Situation, in der das Land in Feuer und Flamme gestanden hätte. Ich habe den Eindruck, daß wir unterm Strich in dieser Hinsicht doch noch ein bißchen besser dastehen als das Ausland. Ich weiß nicht, ob das an unserer Situation liegt, oder ob wir als Luxemburger eher verstanden haben, daß wir zu klein sind, um unsere Probleme alleine zu lösen. Ich bin jedenfalls angenehm überrascht, wie dieses Dossier - trotz aller Enttäuschungen - abgewickelt werden konnte. Und ich meine auch, daß es sich lohnt, eine richtige, ehrliche Debatte zu führen: Am Tag, als in der Abgeordnetenkammer der Vertrag von Maastricht diskutiert wurde, war ich in Bourscheid auf einer Versammlung und habe mich deutlich für die europäische Staatsbürgerschaft ausgesprochen. Ich bin gegen diese Form der Apartheid, die darin

Wenn in zwanzig Jahren die Renten im Privatsektor bei der aktuellen Beitragshöhe nicht mehr zu bezahlen sind, dann stellt sich das Problem nicht nur für den Privatsektor, sondern auch für die Staatsbeamten.

besteht, daß bei Gemeinde- und Europawahlen nur die Luxemburger ihre Stimme abgeben dürfen. Ich habe das Thema damals provokativ vorgebracht, doch die Abwehrreaktion, die man hätte erwarten können, blieb aus: Die Leute haben verstanden, daß es nicht reicht, die bei uns arbeitenden Ausländer nur sozial und wirtschaftlich zu integrieren. Das ist nur eine partielle Integration. Die richtige Integration kann man natürlich nicht erzwingen, aber man muß sie zumindest anbieten. Hierzu gehört auch die politische Dimension. Um den Leuten ein Zugehörigkeitsgefühl zu geben, muß man ihnen in einzelnen Bereichen ein Mitentscheidungsrecht gewähren. Das ist von den Luxemburgern allgemein akzeptiert worden.

forum: *Wie steht es mit einer CGFP, die sich gegen eine europäische Öffnung des Beamtenstatuts wehrt? Ist das nicht nationalistisch gedacht?*

Charel Goerens: Ich würde nicht so weit gehen und das als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit bewerten. Denn da stellt sich die Frage nach der Definition des Staates. Bis wohin reicht die Exekutivgewalt des Staates? Ich bin mir nicht sicher, ob wir diese Grenzen im Konsens festlegen können. Ich wäre froh, wenn es uns gelänge, denn dann würde es uns nicht von auswärts oder vom Europäischen Gerichtshof aufgezungen werden. Wenn der Europäische Gerichtshof diese Frage klärt, dann wird die Versuchung groß sein, Europa vorzuhalten, es würde den Luxemburgern die Fähigkeit absprechen, selber zu entscheiden, was zur Souveränität gehört und was nicht. Wenn wir Pech haben, könnte das "à des fins de politique politicienne" ausgenutzt werden.

forum: *Ich möchte hier vorsichtig widersprechen. Im Grunde hat das Gericht doch schon interveniert, weil Luxemburg den Aufforderungen der EU-Kommission keine Folge geleistet hat. Da fehlte doch die gestaltende Funktion des Politikers. Der hat sich im Grunde damit abgefunden, daß seine Aufgabe vom Gericht übernommen wurde, und dann sieht es tatsächlich so aus, als ob wir uns das aufzwingen ließen, obwohl wir doch von Anfang an an der Entwicklung beteiligt waren ... - ich nehme doch an, daß unsere Vertreter nicht geschlafen haben, als diese Sache im Ministerrat diskutiert wurde?*

Charel Goerens: Ich war nicht dabei. In den letzten dreizehn Jahren hatte ich nichts zu sagen, aber prinzipiell würde ich es bedauern, wenn wir nicht zu einem Konsens kämen. Wenn eine Behörde in Luxemburg einen Psychologen sucht, und es läßt sich kein Luxemburger für den Posten finden, darf trotzdem ein Ausländer, auch wenn er die Bedingungen erfüllt, nicht eingestellt werden - außer es sei im Vorjahreshaushalt ausdrücklich vorgesehen. Das ist für mich keine akzeptable Situation mehr. Konkret finde ich, daß man mit solchen Auswüchsen Schluß machen

soll. Es sind ja gerade solche Fälle, die zu Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof führen.

forum: *Ich möchte noch einmal zu Ihrer positiven Darstellung der Einführung der europäischen Staatsbürgerschaft zurückkommen: Man könnte ja auch sagen, daß das, was erreicht wurde, wirklich das absolute Minimum war und daß unglaublich viele nationalistische Elemente darin enthalten waren: einerseits die lange Wohndauer und andererseits die völlig willkürlichen Einschränkungen auf den Listen, dann auch noch die Einschränkungen beim Amt des Bürgermeisters und schließlich, daß das Ganze nicht auch auf die Nicht-EU-Bürger ausgedehnt wurde. Ist es nicht eher so, daß die Sache so gut aufgenommen wurde, weil sich die Leute am Ende gesagt haben: Wir haben zwar Angst vor den Ausländern, aber mit diesem Gesetz werden sie uns nichts anhaben können?*

Charel Goerens: Als Parteipräsident habe ich damals eine Haltung vertreten, die einen Konsens sämtlicher in der Kammer vertretenen politischen Parteien herbeiführen sollte. Die Ausnahmeregelungen, die Luxemburg zugestanden wurden, empfinde ich persönlich etwas überzogen. Ich hätte mich mit sehr viel weniger Ausnahmeregelungen abfinden können oder sogar mit der normalen Regelung. Denn wenn man die Sache prinzipiell betrachtet, kann es doch nicht angehen, daß in einer Ortschaft, in der ein bestimmter Prozentsatz von Nichtluxemburgern überschritten ist, die Demokratie teilweise außer Kraft gesetzt wird. Das hieße am Ende doch: Je mehr Nichtluxemburger es gibt, desto weniger Leute dürfen wählen. Damit würden wir uns am Ende gegen die Demokratie stellen. Ich stehe zu dem, was ich als Parteipräsident damals mitgetragen habe, aber ich sehe es nicht als definitive Regelung. Ich stehe dazu, weil das meiner Meinung nach der Preis war, um die Unionsbürgerschaft in unsere luxemburgische Gesetzgebung aufzunehmen.

forum: *Es wird ja immer gesagt, daß das Zusammenleben in Luxemburg besser als in vielen anderen Ländern läuft.*

Diese Aussage wird doch durch die Forderung nach so vielen Ausnahmebestimmungen unglaubwürdig. Vielleicht ist das Zusammenleben doch etwas komplizierter, als es immer dargestellt wird? Wenn es darum geht, daß sich die Leute in die Wahllisten eintragen, halten sich die Parteien doch seltsam zurück. Sie haben sicherlich nichts dagegen, aber man hat den Eindruck, daß sie sich kaum aktiv dafür einsetzen. Gerade auf lokaler Ebene scheint sich wenig zu bewegen. Besteht in den Lokalgruppen, die ja oftmals gegenüber den mehr konzeptionell denkenden Leuten in den Parteizentralen auf Distanz stehen, die Bereitschaft, Nichtluxemburger in ihre Parteigruppen aufzunehmen? Auf dieser Ebene fängt doch alles an. Wenn dort nicht Nägel mit Köpfen gemacht werden, dann bleibt das ganze ein schöner Traum.

Charel Goerens: Ja, es handelt sich um eine Bewegung, die nicht nur von oben herab kommen darf, sondern die auch von unten getragen werden muß. Ich hoffe, daß es in diesem Fall über den rein parteipolitischen Opportunismus hinausgeht und daß die Demokraten

Der Motor der europäischen Integration ist natürlich nicht der Vertrag von Amsterdam. Dieser Vertrag ist enttäuschend und muß deshalb schnell nachgebessert werden.

(nicht im parteipolitischen Sinne des Wortes) der verschiedenen politischen Gemeinschaften aufeinander zugehen. Es reicht nicht, wenn die Luxemburger in den Gemeinden einen Alibikandidaten suchen, z.B. einen Kandidaten aus der portugiesischen Gemeinschaft, weil diese in ihrer Ortschaft 20% der Bevölkerung ausmacht. Wenn nur das dahinter steht, merken es die Leute sehr schnell. Es ist im Grunde unsere bürgerliche Pflicht, hier etwas zu unternehmen. Wir

sind erst am Anfang einer Entwicklung, und ich hoffe, daß es nicht durch eine böswillige Interpretation der Gesetzgebung zu Behinderungen und Bremseffekten kommt. Ich hoffe, daß diese Entwicklung von unten getragen wird.

forum: *Was heißt denn überhaupt "von unten"?*

Charel Goerens: Nehmen wir eine Ortschaft von 5000 bis 6000 Einwohnern: wenn dort die Nichtluxemburger in Kommissionen integriert werden, z.B. in die Ausländerkommission. Nicht nur weil das gesetzlich so vorgesehen ist, sondern weil der Wunsch besteht, mit diesen Leuten zusammen das Gemeinwohl aufzubauen. Wenn sie diesen Eindruck gewinnen, dann machen sie auch mit. Es gibt sicherlich Beispiele!

Im Europarat und im Europäischen Parlament habe ich eine gewisse Erfahrung in der Minderheitenproblematik gewonnen. Ich bin in den Ausschüssen für bürgerliche Freiheiten, für Menschenrechte, für Außenbeziehungen und für Entwicklung. In diesen vier Ausschüssen kann ich meinen Blick für diese Dinge schärfen. Wenn ich einige Umfragen betrachte - darunter eine vom Europarat -, dann muß ich feststellen, daß der Nationalismus zwar überall verbreitet ist, aber in einigen Staaten Europas gefährliche Ausmaße annimmt. Nationalismus, Antisemitismus, Xenophobie. Ein Land wie Polen beunruhigt mich ungleich mehr als z.B. Rumänien. Rumänien gelingt es, politische Signale zu senden, die eine erste Berücksichtigung der Minderheitenproblematik erkennen lassen, etwa durch den Umstand, daß der Minister für Minderheiten ein Magyar ist und als solcher 15% der Bevölkerung vertritt. Das war bislang nicht möglich. Das ist ein Signal von oben auch an die Basis, in dieser Hinsicht nachzuziehen.

Europa hat an sich schon eine Integrationsfunktion. Die Alternative zu einem Beitritt bzw. zu einer engeren Kooperation mit der EU ist für die Länder Mittel- und Osteuropas beängstigend. Wenn ich die beiden Szenarien vergleiche, ist sicherlich die Integration dieser Länder in die EU die bessere Alternative. Diese Union basiert ja auch auf gemeinsamen Werten, die im Vertrag festgelegt sind.

Bleibt Europa auf ewig nur ein Zollverein?

forum: *In der EU läßt sich eine institutionelle Blockade feststellen, und der Vertrag von Amsterdam ist in dieser Hinsicht kein großer Fortschritt. Wird Europa nie über einen Zollverein hinauswachsen?*

Charel Goerens: Europa ist viel mehr als ein Zollverein! Der Motor der europäischen Integration ist natürlich nicht der Vertrag von Amsterdam. Dieser Vertrag ist enttäuschend und muß deshalb schnell nachgebessert werden. Die Politik sollte hier umgehend ihr Versagen eingestehen und dafür sorgen, daß die Institutionen arbeitsfähig bleiben. Zur Zeit ist Europa außenpolitisch ziemlich machtlos...

forum: *Die öffentliche Meinung ist sich dessen auch bewußt. Es ist doch interessant, daß man für einmal nicht auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müßte.*

Charel Goerens: Ich hoffe auch, daß die Öffentlichkeit sieht, wie enttäuschend die Ergebnisse sind. Ich will nicht sagen, daß die Parlamente den neuen Vertrag nicht ratifizieren sollen - es ist ja kein Unglück, wenn sie ihn ratifizieren würden. Wenn aber die öffentliche Meinung zu Recht Kritik äußert, dann könnte dies meiner Ansicht nach zu einer schöpferischen Krise führen. Das würde mich nicht beunruhigen. Das Ergebnis von Amsterdam ist jedenfalls nicht mit dem Fortschritt von Maastricht zu vergleichen. Maastricht hatte zumindest den Vorteil, daß wir eine Reihe neuer Politikbereiche in den Vertrag aufgenommen haben, die dann auch in den letzten fünf Jahren getestet worden sind. Im Maastrichter Vertrag war das Kapitel über die Wirtschafts- und Währungsunion enthalten, und diese ist in meinen Augen zur Zeit der Integrationsmotor der EU. Wir haben heute eine Qualität der Zusammenarbeit zwischen den 15 Staaten erreicht, die wir früher nicht hatten. Wären wir 1932 schon so weit fortgeschritten gewesen, wären Europa einige schmerzliche Erfahrungen erspart geblieben. Die Währungsunion geht ja auch weit über die monetäre Frage hinaus. Helmut Schmidt hat in "Der Zeit" vor etwa

anderthalb Jahren jene gewarnt, die in Deutschland die Währungsunion zerreden wollten. Er forderte die Deutschen auf, mit dem Währungsnationalismus aufzuhören, denn der Nationalismus in Währungsfragen könne leicht auf andere Bereiche übergreifen und die Folgen ließen sich ja leicht ausmalen. Schmidt wies darauf hin, daß es in der deutschen Geschichte zwei Arten von Situationen gegeben hat, die zu Schwierigkeiten geführt haben: Wenn Deutschland zu schwach war - dann hatte das Land Probleme mit seinen Nachbarn; war Deutschland hingegen zu stark - dann hatten die Nachbarn Probleme mit

Deutschland. Die Probleme, die die Nachbarn mit Deutschland hatten, waren immer ungleich größer, als jene die Deutschland mit seinen Nachbarn hatte.

Die Integrationsfunktion der WWU ist meiner Ansicht nach gewaltig. Denn von dem Augenblick an, wo der Euro in Kraft tritt, wird sich das institutionelle Ungleichgewicht in der EU bemerkbar machen. Maastricht konnte nicht alle Probleme lösen, aber dank dem Euro werden wir unweigerlich eine Art Wirtschaftsregierung erhalten. Die Kommission wird diese Rolle noch stärker übernehmen müssen als bisher, und dann

Les gens par Kerleroux

SINCÈREMENT
J'AIME RAIS
FAIRE PLUS
POUR LA
BUNDES BANK



Kerleroux
in: Le Monde

wird es zwangsläufig zu einer neuen Ausrichtung der bestehenden Institutionen kommen. Die Kommission wird sich zu einer Art Regierung entwickeln, der Europäische Rat und der Ministerrat werden sich in Richtung eines Senats entwickeln, und der zweite parlamentarische Arm, das Europäische Parlament, wird dann auch ausgebaut werden müssen, damit es nicht zu weiteren Demokratiedefiziten kommt.

forum: Das Modell, daß Sie hier entwerfen, scheint mir sehr optimistisch. Besteht nicht die Gefahr, daß die Europäische Zentralbank das Hauptgewicht erlangt und wir statt einer Wirtschaftsregierung eine Regierung monetaristischer Technokraten erhalten? Gibt es nicht viele Kräfte, die einer Zentralgewalt in Europa entgegenstehen?

Charel Goerens: Ich denke, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo man sich entscheiden muß, ob wir ein wirtschaftlich und vor allem politisch starkes Europa wollen oder nur ein Europa, das über einige wirtschaftliche Freiheiten verfügt. Im letzteren Falle könnten wir uns zum Zollverein zurückentwickeln. Ein wirtschaftlich starkes Europa ist im Interesse aller, insbesondere auch der kleinen Staaten.

Europa ist sich in wesentlichen Fragen nicht einig. Wir machen die Währung zu zehnt, die Sicherheitspolitik ebenfalls zu zehnt; und man trifft dabei immer wieder auf die gleichen zehn Länder, jene, die Europa als Schicksalsgemeinschaft verstehen. Die anderen fünf bedienen sich, wo sie können. Sie sind nicht bereit, mit ihren Partnern die Integration voran zu bringen. Das ist bedauernswert! Die nächste Erweiterungswelle - wahrscheinlich wird die Union von 15 auf 20 Mitglieder wachsen - wird zwei Folgen haben: Erstens werden wir die Institutionen funktionsfähig gestalten müssen, d.h. eine neue Regierungskonferenz wird überfällig, und sei es nur, um die Zahl der Kommissare festzulegen. Wenn das 21. Land in die EU eintritt, wird ein Land seinen Kommissar verlieren müssen. Sie dürfen dreimal raten, wer nach allgemeiner Einschätzung überrepräsentiert ist ...

Die zweite Folge wäre weniger negativ. In Fragen der Währungsunion und der

Außen- und Sicherheitspolitik haben die besagten zehn Länder größere Gemeinsamkeiten mit einem Land wie Polen als etwa mit Schweden. Die Länder, die zuletzt in die Union aufgenommen wurden, die zwei skandinavischen Länder und Österreich, teilen in erster Linie wirtschaftliche Ziele der Union. Betrachtet man hingegen die Länder Mittel- und Osteuropas, wird man kaum

Wenn das 21. Land in die EU eintritt, wird ein Land seinen Kommissar verlieren müssen. Sie dürfen dreimal raten, wer nach allgemeiner Einschätzung überrepräsentiert ist ...

eines finden, das den Besitzstand der Union in Frage stellt. Ich denke, daß die EU durch die Aufnahme dieser Länder nicht weniger arbeitsfähig sein wird, als sie es heute ist. Die Institutionen müssen dann natürlich angepaßt werden, aber nicht nur weil neue Mitglieder anstehen, sondern weil die Union schon mit 15 Mitgliedern schlecht funktioniert.

Zu Ihrer Frage hinsichtlich der Ungleichgewichte bei der Währungsintegration: Wenn man das bundesdeutsche Modell betrachtet, auf dem die Währungsunion beruht, muß man anerkennen, daß es sich um das erfolgreichste Währungsmodell der letzten 40 Jahre handelt. Eigentlich hat die Währungsreform von 1948 Eingang in den Maastrichter Vertrag gefunden und wurde durch den Stabilitätspakt noch ein wenig verschärft. Die Währungsunion und besonders die Zentralbank, oder wie so oft behauptet, das Diktat dieser Zentralbank, stößt bei den Bürgern auf Ablehnung. Die Alternative wäre jedoch eine Zentralbank, die von der Politik bevormundet würde, wie das in Frankreich noch bis vor kurzem der Fall war.

Damit wären die Deutschen nicht einverstanden. Eine Währungsunion wird allerdings nicht ohne die Deutschen entstehen. Man muß jetzt abwarten, was man mit dem deutschen Modell errei-

chen kann. Immerhin war es mit diesem Modell in den 60er Jahren möglich, Vollbeschäftigung zu erreichen mit einer öffentlicher Verschuldung von unter 1%. Auch Staatsverschuldung ist ja keine Garantie für Vollbeschäftigung, sonst hätten wir in Belgien keinen einzigen Arbeitslosen. Ist es denn vernünftig, wenn ein Land wie Frankreich sich Tag für Tag um eine weitere Milliarde Franken verschulden muß, damit sein Haushalt aufgeht? Staat, Regionen, Gemeinden, Sozialversicherungen... Wenn man diese geliehene Milliarde dafür aufwenden würde, das TGV-Netz, Schulen und Universitäten auszubauen, wären die geliehenen Gelder gut investiert - dann würden Werte finanziert, die tatsächlich auch so lange etwas darstellen, wie zurückgezahlt wird. Wenn man aber den überzogenen Lebensstandard des Staates damit finanziert, wenn man z.B. abends in Paris einen großen Empfang gibt, der auf Pump finanziert wird, dann wird noch 19 Jahre und 11 Monate zurückgezahlt, aber am nächsten Morgen erinnert sich kaum noch einer, was denn der Anlaß dieser Ausgaben war. Die Steuern von heute sind zum Teil bedingt durch die Auswüchse von gestern. Und Kredite, die heute über die eigentlichen Investitionen hinausgehen, werden sich in Steuern von morgen verwandeln. Wir haben nicht das Recht, durch eine unverantwortliche Kreditaufnahme die Zukunft der nächsten Generationen zu belasten. Ich bin einverstanden, daß mit der Währungsunion Mechanismen eingerichtet werden, die verhindern sollen, daß die Politiker bei den Kreditaufnahmen unvernünftig handeln. Man hat 3% Haushaltsdefizit festgelegt, weil dieser Prozentsatz in etwa dem entspricht, was die öffentliche Hand an Investitionen aufwendet. Hätten wir Investitionen in der Höhe von 5% des BSP vorzuweisen, wäre ich auch mit einem öffentlichen Defizit von 5% einverstanden. Es gibt nun aber eine fundamentalistische Interpretation dieser Kriterien und eine tendenzielle Interpretation. Man muß anerkennen, daß ein Land, das 1993 6% öffentliches Defizit zu verzeichnen hatte und jetzt 3,5% aufweist, besser dasteht als ein Land, das von 1,5% auf 2,9% gestiegen ist. Das erste verstößt gegen die Kriterien, und das zweite erfüllt sie gerade

noch. Trotzdem liegt das erste in der Tendenz sehr gut, während man beim zweiten damit rechnen kann, daß es sehr bald gegen die Kriterien verstoßen wird.

forum: Warum wurde nicht auch ein soziales Kriterium als Bedingung für die Teilnahme an der Währungsunion aufgenommen? In der Öffentlichkeit ist das doch gefordert worden.

Charel Goerens: Die soziale Dimension ist mit der WWU durchaus vereinbar! Der Artikel 100 C des Vertrags enthält eine ganze Reihe von Bestimmungen, um die Regierungen zu einer Koordination ihrer Wirtschaftspolitiken zu bewegen. Jacques Delors hatte mit seinem Grünbuch über Beschäftigungspolitik den Anfang gemacht. Er geht natürlich von der Überzeugung aus, daß die wichtigsten Aspekte der Wirtschaftspolitik weiterhin in den Händen der Mitgliedstaaten bleiben. Der Spielraum der Innenpolitik und der nationalen Wirtschaftspolitik bleibt noch beachtlich.

Jacques Delors, der ja den Gewerkschaften nahesteht und sozialpolitische Anliegen vertritt, hatte damals vorgeschlagen, erst einmal das Potential für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu untersuchen. Es macht ja keinen Sinn, wenn das französische Wirtschafts- und Finanzministerium im Alleingang versucht, einen Wirtschaftsaufschwung anzukurbeln. Davon könnte eher noch das Ausland profitieren, und der Wachstumsschub würde den Deutschen, Spaniern, Belgiern und Luxemburgern dienen, ohne daß es Frankreich etwas einbrächte. Und Irrwege, wie etwa kompetitive Abwertungen, sollten der Vergangenheit angehören. Es bringt ja niemandem etwas, wenn z.B. Italien nach einer 30%igen Abwertung seine Autos billiger verkaufen kann, und dadurch VW und Renault in Bedrängnis bringt. Wir sollten Italien lieber helfen, die Konvergenzkriterien zu erfüllen, und das Land in die Währungsunion aufnehmen. Dann wäre Schluß mit diesem Nullsum-

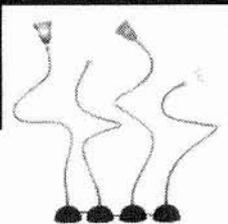
menspiel, bei dem die einen auf Kosten der anderen ihre Arbeitsplätze sichern wollen. Es wäre in der Tat angebrachter, sich zusammenzutun, um sich den Herausforderungen, die von außerhalb der EU an uns herangetragen werden, zu stellen.

Bislang wurden die Gewinne der Unternehmen in klassischer Weise aufgeteilt: ein Teil für die Aktionäre, ein Teil für die Reserve und ein Teil zur Erhöhung der Löhne. Wenn wir die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 wirklich halbieren wollen, nämlich von voraussichtlich 20 Millionen auf 10 Millionen, sollten wir die gesamten Gewinne zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen einsetzen. Das wäre eine Aufforderung an uns, unsere komparativen Vorteile dem Rest der Welt gegenüber ins Spiel zu bringen. Wir sollten unsere Kräfte bündeln, um uns auf anderen Märkten besser zu behaupten. Daß es bislang noch nicht dazu gekommen ist, liegt daran, daß wir keine europäische Zentralgewalt haben, welche die Regierungen vor

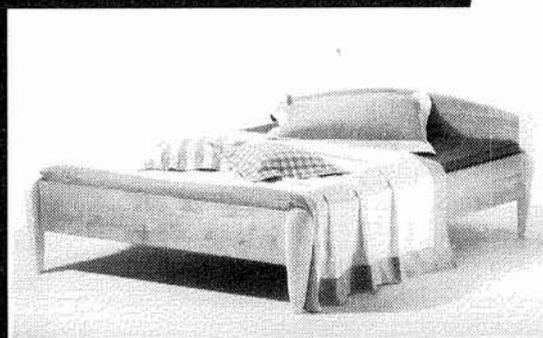
Design und Natur

Rein natürliche
Materialien verleihen
unseren Möbeln eine
hohe Qualität, Haltbarkeit
und Schönheit.

Natur in Verbindung mit
Design, für alle Wohn-
und Haushaltsbereiche.



Öffnungszeiten:
Dienstag bis Freitag
von 9.00 bis 12.00 und
von 14.00 bis 18.00
Samstag von
9.00 bis 12.00 und
von 14.00 bis 17.00



DOMIZIL

umweltbewußtes design by Biotop

möbel / stoffe / lampen / accessoires

100, rue de Bonnevoie L-1260 Luxembourg Téléphone 49 98 82 Fax 49 98 83

ihre Verantwortung stellen könnte. Die Kommission versucht es, scheitert jedoch an der Unfähigkeit der Regierungen, gemeinsam Nägel mit Köpfen zu machen.

Welche Beschäftigungspolitik für Europa?

forum: *Dem Bürger ist nicht klar, warum man auf der einen Seite die Staatsverschuldung streng quantifiziert, auf der anderen Seite aber nicht eine maximale Arbeitslosenquote festgeschrieben hat, etwa 5%. Die öffentliche Meinung sieht darin ein Ungleichgewicht.*

Charel Goerens: Ich kann nicht per Gesetz oder per Vertrag verfügen, daß von heute auf morgen europaweit die Arbeitslosigkeit von 11% auf 5% reduziert wird. Das funktioniert nicht so. Wenn man aber alle Möglichkeiten des Vertrags wahrnehmen würde, die für soziale Belange offenstehen, dann hätten wir ein großes, bislang noch brachliegendes Feld. Klar ist allerdings, wie man das Problem der Arbeitslosigkeit verschärfen könnte: man bräuchte nur die Einführung des Euro für den 1. Januar 1999 zu vertagen. Man kann zum Euro stehen, wie man will: ein Verzicht wäre die offizielle Bestätigung für die Welt und die Finanzmärkte, daß Europa nicht in der Lage ist, seine Ziele zu verwirklichen. Mit dem Ergebnis, daß die Währungsunion mit ihren eingebauten Solidaritätsmechanismen auseinanderbricht und auf dem Markt gegen einzelne Währungen spekuliert würde. Die DM würde so teuer, daß die Deutschen ihre Produkte nicht mehr auf dem europäischen Binnenmarkt in dem Maße absetzen könnten wie bisher und ihre Wirtschaft die Lokomotivfunktion verlieren würde, die sie bisher auf europäischer Ebene einnahm. Dann stünden wir vor einem Scherbenhaufen, trotz der im Vertrag vereinbarten Sozialpolitik. Wohlstand kann man nicht erzwingen, er muß erarbeitet werden! Was 1991/92 beschlossen wurde, war das Äußerste dessen, was gemacht werden konnte.

forum: *Um auf den Beschäftigungsgipfel zurückzukommen: Sie haben das Modell der Niederlande erwähnt. Würde es genügen, das niederländische Modell auf europäischer Ebene zu über-*

tragen: Umbau des Sozialstaates, Flexibilisierung, Senkung der Lohnnebenkosten und massive Anwerbung von Investitionen durch niedrige Kapitalsteuern ...? Kann diese Politik eine europaweite Antwort auf die Arbeitslosigkeit sein?

Charel Goerens: Natürlich ist es kein Modell, daß einfach so auf andere Länder übertragen werden kann. Ich habe gesagt, daß die Niederlande bessere Ergebnisse aufweist als andere Länder. Frankreich hat schlechtere Ergebnisse, und ein Regierungswechsel genügt nicht, um die Probleme zu lösen. Das niederländische Modell ist noch aus einem anderen Grunde nicht einfach so übertragbar: es beruht auf einem Konsens, der vielleicht spezifisch niederländisch ist und in anderen Ländern vielleicht nicht in diesem Ausmaße möglich ist. In den Niederlanden wurde dieser Konsens von den Liberalen und den Sozialisten herbeigeführt. Die Niederländer haben die notwendigen Anpassungen vorgenommen mit dem Ergebnis, daß sie heute die Dividenden für ihre Anstrengungen einstreichen können. An erster Stelle, daß sie an der gemeinsamen Währung teilnehmen können. Das holländische Beispiel verdeutlicht, daß es keinen kausalen Zusammenhang gibt zwischen hoher Arbeitslosigkeit und der Einhaltung der Konvergenzkriterien. Die Niederlande haben ihre Arbeitslosenzahl reduziert.

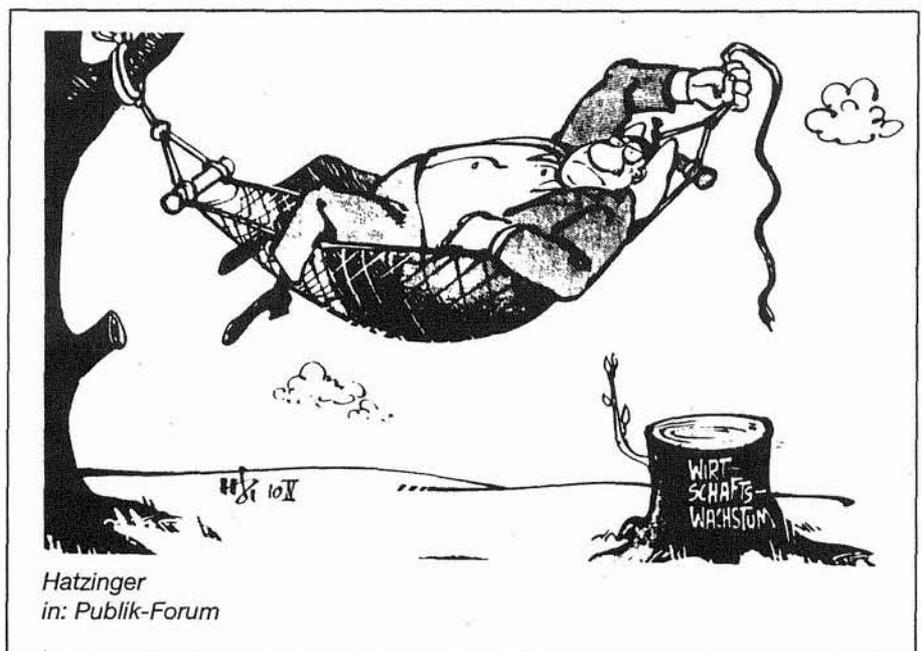
Ein anderes Land, das gute Fortschritte gemacht hat, ist Irland, wobei Irland natürlich noch nicht den wirtschaftlichen Reifegrad anderer Länder erreicht hat. In der Entwicklungsphase, in der Irland sich heute befindet, sind auch größere Fortschritte möglich, als dies z.B. in Deutschland oder Frankreich der Fall sein kann. Jedes Land verfügt innerhalb der EU noch über genügend Möglichkeiten, um seine eigenen Stärken zu entwickeln. Den Niederländern ist das meiner Ansicht nach besser gelungen als vielen anderen.

forum: *Was kann sonst noch auf dem Beschäftigungsgipfel herauskommen?*

Charel Goerens: Solange die europäischen Bürger die Integration Europas nicht vorantreiben wollen, wird man nur eine Lösung anstreben können, bei der die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten besser koordiniert werden. Der Rest ist meiner Ansicht nach Makulatur. Wenn man auf den guten Willen der 15 setzen könnte, und jeder darauf verzichten würde, den anderen austricksen zu wollen, dann könnte etwas Konkretes bei diesem Beschäftigungsgipfel herauskommen.

Welche wirtschaftliche Zukunft für Luxemburg?

forum: *Ist es nicht so, daß der Erfolg des niederländischen Modells auch darin begründet ist, daß Betriebe aus anderen Ländern abgeworben werden?*



Charel Goerens: Dieses Phänomen kennen wir auch in Luxemburg. Esch hätte auch gerne Betriebe, die sich dann in Düdelingen niederlassen. Auch zwischen lokalen Körperschaften gibt es diese Konkurrenz. An sich ist daran nichts Bedenkliches, solange nicht mit Steuervorteilen systematisch Betriebe abgeworben werden. Wir haben steuerpolitisch kein Interesse, das Einkommen des Staates auszuhöhlen. Wir brauchen ein Steueraufkommen, um unseren Haushalt zu finanzieren, damit der Staat seinen Aufgaben gerecht werden kann. Eine Unternehmensbesteuerung von 10% ist in meinen Augen wenig erstrebenswert. Unser Staatsminister möchte ja mit seinen Kollegen über einen Verhaltenskodex diskutieren. Mal sehen, wie weit wir damit kommen! Es ist klar, daß ein Land mit gesunden Staatsfinanzen seine Steuerzahler nicht so belastet, wie ein Land, das eine Staatsverschuldung von 130% des BSP aufweist. Irgendwann muß man seiner Gemeinschaft ja auch die Früchte eines verantwortungsbewußten Handelns zukommen lassen.

Nehmen wir das folgende Szenario: am 1. Januar 1999 tritt der Euro in Kraft, am 1. Januar 2002 kommt er für alle sichtbar in Umlauf. Bis dahin merken die wenigsten etwas davon, auch wenn wir schon alle Vorteile und Verpflichtungen haben, die sich aus der Festbeschreibung der Wechselkurse ergeben. Das bedeutet, daß die Bedingungen des Stabilitätspaktes erfüllt werden müssen. Maastricht hat den Preis der Eintrittskarte bestimmt, und der Stabilitätspakt hat festgelegt, welche Bedingungen erfüllt werden müssen, um dabei zu bleiben. Stellen Sie sich nun vor, was passiert, wenn ein Land wie Belgien während zehn Jahren ein öffentliches Defizit von nur 3% aufweist: dann werden die Eckdaten des belgischen Haushalts in zehn Jahren nicht mehr wiederzuerkennen sein; dann werden die sich so verbessert haben, daß Belgien den einzelnen Steuerzahler nicht mehr so stark belasten muß. Wir werden uns deshalb langfristig so oder so in der Besteuerung angleichen. Andere Länder wie auch Luxemburg werden durch die Überalterung ihrer Bevölkerung und einem dadurch verstärkten Druck auf die öffentlichen Ausgaben in eine Situation geraten, die weniger vorteilhaft ist. Das Gleiche gilt übrigens auch für den

Bereich der indirekten Steuern, der MwSt./TVA und der Akzisen. Wir sollten uns jetzt schon darauf vorbereiten.

Die Wirtschaft ist an sich kein Selbstzweck, und weil sie das nicht ist, muß sie sich auch den Gegebenheiten beugen. Die soziale Funktion der Volkswirtschaft bedeutet, daß alle einen gerechten Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte zu leisten haben.

forum: *Denken Sie, daß das Ende der luxemburgischen Nischenpolitik gekommen ist?*

Mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 2 - 3% werden wir sowieso nicht alle unsere Probleme lösen können.

Charel Goerens: Kann es überhaupt ein langfristiges Ziel für Luxemburg sein, ausschließlich solche Unterschiede ausnutzen zu wollen? Ich glaube nicht, daß es durch Verhandlungen zu einer Angleichung der TVA- und Akzissätze kommt. Ich denke eher, daß Dank der Währungsunion die Notwendigkeit einer hohen Besteuerung in den anderen Mitgliedstaaten langsam abnimmt. Man sollte sich dieser Entwicklung aber früh genug stellen und wissen, daß hier früher oder später Anpassungen fällig werden.

forum: *Alles in allem sind Sie im Hinblick auf unsere wirtschaftliche Zukunft ähnlich optimistisch wie Herr Juncker, der in der Krise auch eher ein konjunkturelles Phänomen sieht. Sie glauben nicht, daß sich das Wirtschaftsmodell der Nachkriegszeit in einer strukturellen Krise befindet?*

Charel Goerens: Ich denke, wir haben vor allen Dingen eine schöpferische Krise in den Köpfen; wir müssen die Fähigkeit bewahren, uns umzustellen. Vorhin habe ich gesagt, daß in Luxemburg das Wachstum nicht mehr auf die gleiche Akzeptanz stößt wie in den Aufbaujahren nach dem Krieg. Schwerindustrie läßt sich heute nur noch in Regionen ansiedeln, wo es auch vorher schon Schwerindustrie gegeben hat. Es wäre sowieso Unsinn, im Kanton Cler-

vaux Schwerindustrie anzusiedeln. Ein Ingenieurbüro würde dort billiger arbeiten als am Boulevard Royal.

forum: *Die Bedeutung des industriellen Sektors ist doch eh im Niedergang.*

Charel Goerens: Wir wären schlecht beraten, wenn wir auf die Entwicklung gewisser Industriezweige verzichten würden, denn ein Arbeitsplatz in der Industrie schafft Arbeitsplätze in den zuarbeitenden Dienstleistungsbereichen. Ich sehe nicht, daß man einzelne Bereiche aus traditionellen Industriestandorten verlagern kann in andere Regionen hier im Lande, die Probleme haben, überhaupt wirtschaftliche Aktivitäten anzuziehen. In den Gymnasien von Diekirch, Wiltz und Ettelbrück bereiten sich ein paar tausend Schüler auf Berufe vor, die in dieser Gegend überhaupt nicht angeboten werden. Sie bereiten sich praktisch alle auf Dienstleistungsberufe vor. Dann sollten wir doch auch Dienstleistungsbetriebe in dieser Region ansiedeln. In dem Maße, wie wir über eine ökonomische Basis verfügen, die auch die Schaffung von Aktivitäten im Dienstleistungsbereich ermöglicht, macht es sehr wohl Sinn, auch weiterhin zukunftsorientierte Industriebetriebe nach Luxemburg zu holen.

Wenn Luxemburg sich auf seine Chancen besinnt, glaube ich, haben wir gute Aussichten, uns weiterzuentwickeln. Trotzdem bin ich aber der Meinung, daß wir nicht alle unsere Probleme durch Wirtschaftswachstum lösen können. Es wird uns gelingen, eine vernünftige Gesellschaft aufzubauen, wenn wir unsere Grenzen erkennen und uns frühzeitig anpassen. Wir können auch auf einem niedrigeren Niveau eine konsensfähige Gesellschaft erhalten, denn nur mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 2 - 3% werden wir sowieso nicht alle unsere Probleme lösen können.

forum: *Herr Goerens, wir danken Ihnen für das Gespräch.*